

# INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

121/24

SÜDAFRIKA

Wahlen im  
Jubiläumsjahr

GERICHTSHOF

Südafrika  
vs. Israel

MOÇAMBIQUE

Wieder Aufstand  
im Norden

SCHULBUCH

Südliches Afrika im Unterricht



# SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

## SADOCC

- » **Dokumentation und Bibliothek in**  
**1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1**  
**(Öffnungszeiten auf Anfrage)**  
**Tel. 01/505 44 84**  
**Fax 01/505 44 84-7**  
**www.sadocc.at**
- » **das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA**
- » **monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«**
- » **Stadtspaziergänge »Afrikanisches Wien«**
- » **Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli**

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.

Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.

Abos, Mitgliedsbeiträge und Spenden bitte auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

## Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies* in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC.

Letzte Buchveröffentlichungen: *Afrikanische Häftlinge im KZ Mauthausen* (Walter Sauer, Nikos Stamatiou); *Begegnung Südliches Afrika – Arbeit und Leben global gedacht*. Reader zum gleichnamigen Projekt (Segal Hussein).

Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

**Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,**  
**IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,**  
**BIC BKAUATWW**

30. 4. 2024  
**30 Jahre**  
**Südafrika**

## Lesereinsendung

zu Namibia: Wasserstoffeuphorie“ (INDABA 120/23)

Mir ist dieser Tage zufällig ein Artikel der taz von 1987\* (!) in die Hände gefallen. Schon damals hat die Creme der deutschen Konzerne von der Solar-Wasserstoffwirtschaft geträumt. Damals war Namibia zwar noch kein Thema, sondern die Staaten der Sahara. Nach 1990 war das dann nicht mehr aktuell, da die Deutschen aus der Konkursmasse der Sowjetunion reichlich Erdgas beziehen konnten. Und daß die Sache gerade jetzt wieder aufkommt, hat wenig mit Klimaschutz zu tun, aber viel damit, daß sich in Russland kein Geld mehr verdienen läßt. Das „grün“ im „grünen Wasserstoff“ ist nämlich vorsätzliche Irreführung der Öffentlichkeit. Um Wasserstoff aus Wasser zu gewinnen, muss man 6 bis 7-mal soviel Energie aufwenden wie für dieselbe Menge Wasserstoff aus der Spaltung von Methan, dem Hauptbestandteil von Erdgas (dabei entsteht nebenbei Kohlenstoff, der als solcher unproblematisch gelagert werden kann). Nun bestehen Solarzellen für die Solarwasserstoff-Produktion aus Silizium, und blöderweise kommt dieses auf der Erde nur oxidiert vor (am reinsten als Quarz, SiO<sub>2</sub>). Um daraus Silizium zu gewinnen, wird der Quarz mit Kohle erhitzt, und das Nebenprodukt ist das Treibhausgas Kohlendioxid. Davon abgesehen sind die nachfolgenden Produktionsschritte bis zur fertigen Solarzelle sehr energieintensiv, in den meisten Produktionsländern wird dafür mehr oder weniger Kohlestrom eingesetzt. Wirklich „grüner“ (= CO<sub>2</sub>-freier) Wasserstoff läßt sich so nicht produzieren.

Andreas J. Burghofer

\* taz, 19.9.87: „Sonnenenergie ist umsonst“ – in den Solarkolonien

## Offenlegung

INDABA wird herausgegeben vom Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (SADOCC) in Wien (ZVR-Zahl 813176558) und bezweckt die Information und Diskussion über Entwicklungen im Südlichen Afrika.

Dem Vereinsvorstand gehören an:  
Mag. Bernhard Bouzek, HK Lydia Dyk,  
Dr. Astrid Esterlus, Nina Herzog-Hawelka MA,  
Helena Hornung MA, Rudolf Koger,  
Dr. Jakob Krameritsch, Mag. Peter Kuthan,  
Dr. Johann Murauer, Dr. Birgit Reiter,  
Univ. Prof. Dr. Walter Sauer, Daniel Stögerer.

**3** Nach 30 Jahren

Geht das ANC-Zeitalter zu Ende?  
Oder schafft Ramaphosa die Wende?

Kommentar Verne Harris 4



**7** Halb voll, halb leer

Gewerkschaften ziehen Bilanz  
über die Politik der ANC-Regierung

**12** Internationaler Gerichtshof

Südafrika klagt Israel wegen Völkermord

Hage Geingob verstorben 16

Neuer Aufstand in Moçambique 17

Afrika 2024 19

**20** Schulbuchkritik

Afrika bleibt blinder Fleck

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien. **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Andreas Burghofer, Richard Calland, Joe Hanlon, Verne Harris, Marcus Neustetter, Manfred Sauer, Walter Sauer, Alex Vines, Paul Ziermann-Österreicher. **Fotos:** Gabor Mayerhofer/BMBWF, Zivanai Matangi, SADOCC, Walter Sauer, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 10. März 2024. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Kirsten Rütter; Godwin Schuster.



# Tsintswalo – Märchen und/oder Wirklichkeit?

## Ramaphosa zum »State of the Nation«

*Tintswalo – eine allegorische Figur, geboren 1994, die Errungenschaften des Neuen Südafrika verkörpernd – fungierte in der „State of the Nation (SONA)-Rede“ von Präsident Cyril Ramaphosa am 8. Februar 2024 im Parlament. Die Reaktionen fielen unterschiedlich aus. Während der ANC-nahe Gewerkschaftsbund COSATU die Ankündigungen des Präsidenten lobte, vermißte sein linkes Gegenstück SAFTU Maßnahmen gegen die strukturellen Ursachen der Krise (wir dokumentieren nachstehend beide Positionen). Richard Calland, südafrikanischer Politikberater, sah in Ramaphosas SONA-Rede den Auftakt zu einem Wahlkampf, in dem der ANC vorwiegend die schwarze Mittelschicht ansprechen will.*

**C**yril Ramaphosa hat den Grundstein zu einer „Tintswalo-Wahl“ gelegt – eine riskante, aber aus seiner Sicht wahrscheinlich notwendige Strategie. Die achte Rede des Präsidenten zur „Lage der Nation“ stand zwar weitgehend im Gegensatz zur tatsächlichen Bilanz seiner Amtszeit und zur weit verbreiteten Ansicht, daß er die Erneuerung, die er bei seinem Amtsantritt 2018 versprach, nicht erreicht hat. Der Zynismus gegenüber Ramaphosa ist verständlich. Die Zahlen sprechen gegen ihn – fast alle wichtigen Kennziffern, von der Arbeitslosigkeit bis zum Haushaltsdefizit, haben sich in den letzten sechs Jahren verschlechtert. Ramaphosas Aufgabe – oder die seiner Redenschreiber – war es daher, zwei voneinander abhängige Dinge zu tun: die Glaubwürdigkeitslücke in Bezug auf seine Leistung als Regierungschef zu schließen und eine hinreichend solide Plattform



*Gelingt Mobilisierung des ANC-Wählerpotentials?*

für den Wahlkampf zu schaffen, der sehr bald ernsthaft beginnen wird. Zu viele von Ramaphosas bisherigen SONA-Reden waren ausschnittshaften Wiedergaben von Versprechungen, die kaum mehr als heiße Luft waren, oder – im Falle der fadenscheinigen Ernennung von unnötigen Ministern

für Elektrizität und Hochgeschwindigkeitszüge – Symptome einer Absurdität, die das Markenzeichen von Regierungen ist, denen in der letzten Phase ihrer natürlichen Lebensdauer die Ideen ausgehen. Die erste Rede zur Lage der Nation im heurigen Jahr 2024 (es wird eine weitere geben,



## um ihre Geburt

liche Verfassung zu einer gelebten Realität für die große Mehrheit der Menschen zu machen, die Südafrika ihr Zuhause nennen. Und dieses Versagen wiederum erklärt die Entfremdung so vieler Menschen von den formalen Prozessen der Demokratie, wie etwa Wahlen. Wenn wir uns nicht mit dieser Entfremdung auseinandersetzen und die strukturellen Dynamiken angehen, die die Demokratie daran hindern, die Bedingungen des ihr zugrunde liegenden Gesellschaftsvertrags zu erfüllen, wird die Gesellschaft weiterhin eine Ansammlung von Zündstoff sein, der nur noch einen Funken braucht, um die Flammen der Wut zum Ausbruch zu bringen. Wir befinden uns in einer Zeit der „morbiden Symptome“.

Die Bürger müssen jetzt unbedingt versuchen, das Wahlrecht als eines von vielen Instrumenten zur Lösung struktureller Probleme zu nutzen. Wir brauchen Bürgerinnen und Bürger, die sich als Wähler registrieren lassen. Wir müssen den politischen Parteien mitteilen, welche politischen Maßnahmen erforderlich sind, welche Wahlreformen gefordert werden, welche Art von Kandidaten akzeptabel ist und welche Formen der Rechenschaftspflicht nach der Wahl erforderlich sind. Wir müssen den politischen Eliten klar machen, daß wir nicht für Parteien stimmen werden, die in diesen Punkten keine Zusicherung geben können, die eine schlechte (oder gar keine) Erfolgsbilanz haben und die uns nicht davon überzeugen können, daß sie sich nicht am Trog der Korruption bedienen werden (wenn sie es nicht schon tun). Und wir müssen uns entschließen, unabhängig davon, wer gewinnt, die Politiker weiterhin zur Verantwortung zu ziehen.

Die Geschehnisse in Südafrika und in Palästina-Israel werfen in vielerlei Hinsicht ein Licht auf die beiden entscheidenden Fragen, denen sich die Menschheit heute gegenübersteht: Wie können die entscheidenden Sofortmaßnahmen ergriffen werden, die erforderlich sind, um eine Katastrophe abzuwenden, und wie kann der langfristige Strukturwandel herbeigeführt werden, der das Wachstum gerechter und nachhaltiger Gesellschaften ermöglicht? Wenn keine Antworten gefunden werden, dann, so fürchte ich, wird jede „neue Welt“ eine Totgeburt sein.

Verne Harris

Verne Harris ist Acting CEO der Nelson Mandela Foundation in Johannesburg (<https://www.nelsonmandela.org>).

wie sich das Leben von „Tintswalo“ im Neuen Südafrika von dem eines unter der Apartheid aufwachsenden Mädchens unterschied: Tintswalo sei in einem Haus aufgewachsen, das der Staat für arme Südafrikaner/innen gebaut und in dem es Wasser und Strom gegeben habe. Die Familie habe Kindergeld erhalten, um ihre Schulausbildung abzuschließen, und sie habe eine Hochschulausbildung im Rahmen des *National Student Financial Aid Scheme* absolvieren können.

Das war ausgezeichnete Redekunst. Aber war es ein Märchen oder Realität? Die Antwort hängt davon ab, ob man ein/e Tintswalo oder eine/r der neun Millionen Arbeitslosen ist.

**a**bfällige Reaktionen von wohlhabenden Weißen zeigen nur, wie wenig sie ihr Land und die grundlegende Bedeutung der Überwindung der grausamen Diskriminierung durch die Apartheid verstehen. Ramaphosa wandte sich freilich ohnehin an die breite schwarze Mittelschicht, an diejenigen, deren Leben sich seit 1994 materiell verbessert hat, und erinnerte sie an die Vorteile und Möglichkeiten, die die ANC-Regierung ihrem Leben gebracht hat.

Dies war die Eröffnungssalve der Wahlkampagne des ANC. Der ANC wird versuchen, den 30-jährigen Jahrestag der Demokratie im April zu nutzen, um seine Kampagne anzukurbeln. Die SONA-Rede enthielt zahlreiche Hinweise auf die Menschenrechte, die verfassungsmäßigen Freiheiten und die Rechtsstaatlichkeit. Trotz seiner Schwächen ist Ramaphosa ein überzeugter Verfassungsrechtler; anders als viele andere Länder in der Welt hat seine Regierung den Schwenk zu einer populistischen und autoritären Rechtsregierung nicht vollzogen.



Auf einen Machtwechsel hofft die vereinigte Opposition

Der Präsident ist sich der Chancen bewußt, die die globale grüne Wirtschaftsrevolution bietet. Das Ministerium für Handel, Industrie und Wettbewerb unter Ebrahim Patel ist dabei, einige der notwendigen Bausteine zu schaffen, um diese Chance zu nutzen. Ein neuer Klimawandelfonds wird mit öffentlichen und privaten Geldern eingerichtet werden, um auf die durch extreme Wetterereignisse verursachten Schäden zu reagieren, und der Abschnitt über die grüne Wirtschaft zeigte Ramaphosas Überzeugung, daß dies der richtige Weg ist. Trotz der zögerlichen Obstruktionspolitik von Energieminister Gwede Mantashe ist im Energiesektor ein Strukturreformprogramm im Gange, das mit einer komplexen „gerechten Energiewende“ von Kohle zu erneuerbaren Energien einhergeht. Sofern dies nicht von einer neuen Regierung nach den Wahlen rückgängig gemacht wird, werden diese Reformen als große Errungenschaften zu betrachtet sein.

Die Reformen des Energiesektors werden unweigerlich zum Ende von „load shedding“ führen – das ist nur noch eine Frage der Zeit – und damit auch die Fähigkeit des Staates stärken, praktische Probleme wie den Ausbau des nationalen Stromnetzes zu bewältigen. Dies ist freilich kein Fortschritt, der für Schlagzeilen sorgt.

Es gibt einfach nicht genug gute Nachrichten, um das allgemeine Narrativ zu ändern, nämlich daß der ANC bei den Wahlen scheitern wird. Der Mehrheit der Südafrikaner geht es schlecht, die Wirtschaft stagniert. Daher könnte es sein, daß die Beschwörung des Geistes von 1994 nicht funktioniert.

Die ANC-Wähler/innen könnten weiterhin zu Hause bleiben, wie sie es bei den Kommunalwahlen 2021 getan haben. Dies könnte somit Ramaphosas letzte Rede zur Lage der Nation gewesen sein, je nachdem, was genau bei den Wahlen passiert.

Jacob Zuma ist Ramaphosa weiterhin ein Dorn im Auge. Im Juli 2021 ermutigten er und seine loyalen Anhänger, darunter auch Familienmitglieder, dazu, ein brennendes Streichholz auf den trockenen Zunder der sozioökonomischen Prekarität des Landes zu werfen. Die darauf folgenden Unruhen verursachten Tod und Zerstörung und fügten der Wirtschaft und den Investitionsaussichten Südafrikas großen Schaden zu. Jetzt hat er gezeigt, daß sein Gerede vom Engagement für den ANC nichts anders war als Gerede – er ist ein rücksichtsloser und egoistischer Narziß, der alles tun wird, um seine eigenen korrupten Interessen zu schützen.

Sein Plan mit der neuen, gefälschten MK-Partei ist offensichtlich zynisch: Wenn er damit erfolgreich ist und in seiner Heimatprovinz KwaZulu-Natal vom ANC, sagen wir, 10 % abziehen kann, so könnte dies national gesehen den ANC von 48 % auf 46 % bringen. Alles unter 47 % aber macht Ramaphosa verwundbarer, weil schon jeder einzelne Prozentpunkt unter 50 % bedeutet, daß Koalitionsver-

handlungen politisch sehr viel komplexer und schwieriger werden.

Vor dem Hintergrund der Geschichte vor und nach 1994 wird der ANC versuchen, die schwarzen Wähler/innen im ganzen Land davon zu überzeugen, daß er nach wie vor der glaubwürdigste Verfechter ihrer Interessen ist. Mit anderen Worten: Während andere Parteien versuchen, sich aus den Fängen der „Identitätspolitik“ zu befreien, wird der ANC keine andere Wahl haben, als eine Kampagne zu führen, die die Identifikation mit dem ANC von einst verstärken soll. In diesem Sinne ist der ANC zu einer konservativen Partei geworden – er will und muß seinen Ruf als Transformationspartei aus den 1990er Jahren bewahren. Da er nicht in der Lage ist, wirkliche Fortschritte bei der Verbesserung des Lebens der heutigen Generation der Arbeiterklasse zu erzielen, muß er sich jetzt stark auf politische Mythologie stützen.

ANC-Wähler/innen sterben, werden aber nicht geboren. Je jünger man ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, sich mit der Partei zu identifizieren. Und der Anteil der nicht registrierten jungen Wähler/innen an den Wahlberechtigten nimmt weiter zu.

Die Tintswalos, die Ramaphosa zuhören, lassen sich vielleicht überreden. Aber das bestimmende Thema der bevorstehenden Wahlen könnte die Tatsache sein, daß es so viel mehr Tintswalos hätte geben können.

Richard Calland ist politischer Kommentator und Politikberater sowie ao. Gastprofessor an der Wits School of Governance. Sein Kommentar erschien am 15. Februar online im Mail & Guardian (<https://mg.co.za/thought-leader/opinion/2024-02-15-ramaphosas-sa-fairy-tale-or-fable/>).



# COSATU zu SONA

*Die Aufgaben von Präsident Ramaphosa waren die schwierigsten eines Präsidenten seit der Gründung unseres demokratischen Staates 1994. Der Präsident erbt einen Staat, der durch ein Jahrzehnt staatlicher Vereinnahmung und Korruption verwüstet war.*

**K**urz nach seinem Amtsantritt wurde die Welt mit einer noch nie dagewesenen globalen Pandemie konfrontiert. Während die Öffentlichkeit und insbesondere die Arbeitnehmer über die vielen Herausforderungen, vor denen wir stehen, frustriert sind, müssen wir auch anerkennen, daß die Regierung unter der Führung unseres Verbündeten, des *Afrikanischen Nationalkongresses* (ANC), gute Arbeit geleistet hat.

Seit seinem Amtsantritt hat der Präsident dafür gesorgt, daß die am meisten kompromittierten Personen, die in *state capture* und die Korruption verwickelt waren, aus Schlüsselpositionen im Staat und im ANC entfernt wurden. In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und der Wirtschaft hat die Regierung gute Arbeit geleistet, um die Pandemie in den Griff zu bekommen, Leben und Existenzen zu retten, die Impfkampagne in großem Umfang durchzuführen und mehr als 64 Milliarden Rand aus dem Arbeitslosenversicherungsfonds freizugeben, was 5,7 Millionen Arbeitnehmern in der Privatwirtschaft half, für ihre Familien zu sorgen.

Die Arbeitslosigkeit erreichte einen Höchststand von 46 %, als wir aus COVID-19 und dem Lockdown hervorgingen. Obwohl sich kein vernünftiger Mensch über eine so hohe Arbeitslosenquote freuen kann, sind wir



über den Rückgang um 5 % im letzten Jahr erfreut. Es ist wichtig, daß diese Dynamik erhalten bleibt. Das Beschäftigungsprogramm des Präsidenten hat dazu beigetragen, 1 Million junger Menschen zu beschäftigen, sie in die Lage zu versetzen, ein Gehalt zu verdienen und die notwendigen Fähigkeiten und Erfahrungen zu erwerben, um eine langfristige Beschäftigung zu finden. Wir sind bitter enttäuscht über die Kürzungen der Mittel für dieses wichtige Programm.

COSATU schätzt die offenen Beziehungen und die Partnerschaft des Präsidenten mit der organisierten Arbeiterschaft. Dies hat die Einführung des nationalen Mindestlohns im Jahr 2019 ermöglicht, wodurch die Löhne von sechs Millionen Arbeitnehmern, insbesondere in der Landwirtschaft, in Haushalten, im Gastgewerbe, im Baugewerbe, im Verkehrswesen und im Sicherheitssektor, angehoben wur-

den. Die Sozialbeihilfe (SDR) war für 8 Millionen Arbeitslose eine unschätzbare Rettungsleine. Wir sind zwar verärgert darüber, daß die Regierung sie seit ihrer Einführung im

Jahr 2020 nicht ein einziges Mal angepaßt hat, um ihren Wert vor inflationärer Aushöhlung zu schützen, aber wir begrüßen die Zusage des Präsidenten, daß sie erhöht und verlängert wird.

Die öffentliche Gesundheitsfürsorge ist stark belastet und nicht in der Lage, ihren Auftrag zu erfüllen. Die private Gesundheitsversorgung ist für die überwältigende Mehrheit der Südafrikaner unerschwinglich. Wir begrüßen die Verabschiedung des Nationalen Krankenversicherungsgesetzes durch das Parlament.

Der Congress of South African Trade Unions ist mit ca. 1,8 Mio. Mitgliedern der größte Gewerkschaftsverband Südafrikas. Er wurde 1985 gegründet und bildet mit dem ANC und der Kommunistischen Partei die regierende Alliance (<http://www.cosatu.org.za/>). Der Text wurde redaktionell gekürzt.



## ... spektrum ...



Peter Magubane

**Peter Magubane verstorben.**

Der legendäre südafrikanische Fotojournalist Peter Seford Magubane ist tot. Er starb am 1. Jänner 2024 im Alter von 91 Jahren, wie seine Familie bekanntgab. Magubane begann seine fotografische Laufbahn in den 1950er Jahren beim Magazin *Drum*. Er dokumentierte jahrzehntelang die Gewalt des rassistischen Apartheidregimes und insbesondere den Schüleraufstand in Soweto 1976. Von den Behörden wurde er schikaniert und ins Gefängnis geworden; einmal mußte er 586 aufeinanderfolgende Tage in Einzelhaft verbringen.

Nach der Freilassung Nelson Mandelas im Jahr 1990 wurde Magubane sein offizieller Fotograf. „*Südafrika hat einen Freiheitskämpfer, Geschichten-erzähler und herausragenden Fotografen verloren*“, twittete der Minister für Sport, Kunst und Kultur, Zizi Kodwa. Eines der berühmtesten Fotos von Magubane aus dem Jahr 1956

zeigt ein weißes Mädchen auf einer Bank mit der Aufschrift „Nur für Europäer“, während ihr schwarzes Kindermädchen auf der anderen Seite der Bank in einem Vorort von Johannesburg sitzt. Auch der Volkskongreß von Kliptown, der zum Beschluß der südafrikanischen Freiheitscharta führte, wurde von ihm dokumentiert. Nach der Befreiung Südafrikas 1994 widmete er sich zunehmend der Kulturfotografie, etwa in seiner Serie *The Vanishing Cultures of South Africa*.

„*Peter Magubanes Bilder und die seiner Kollegen widerlegten die große Lüge Hendrik Verwoerds, die Apartheid sei ein gutartiges Wohlwollen, ein System des ‚Getrennt aber gleich‘ und einer angeblichen ‚guten‘ Nachbarschaft. Er nutzte seine Kamera, um die Erfahrungen und Kämpfe der schwarzen Südafrikaner während der Apartheid zu dokumentieren. Diese Bilder erreichten die Medien in aller Welt und machten der internationalen Gemeinschaft die Ungerechtigkeiten deutlich, die in Südafrika zu dieser Zeit herrschten*“, so Präsident Cyril Ramaphosa bei Magubanes offiziellem Begräbnis, das von der Provinz Gauteng ausgerichtet wurde.

**Krokodilplage im Norden Namibias.**

Vierzig Krokodile sollen ab Juli 2024 aus den Flüssen in Kavango und Zambezi, den nordöstlichen, wildtierreichen Regionen des Landes, gefangen und versteigert werden. Dies kündigte Umweltminister Pohamba Shifeta in Windhoek an. Zugleich sollen mehr Genehmigungen für die Jagd auf die großen Reptilien erteilt werden, vor allem in den Conservancies. Die Krokodilbestände im Norden seien so stark angestiegen, daß Angriffe auf

Menschen stark überhand nähmen und entsprechende regulatorische Maßnahmen unausweichlich geworden seien.

Laut Shifeta mußte das Ministerium seit 2019 mehr als 2,3 Millionen Namibia-Dollar (umgerechnet etwa 120.000 Euro) an Entschädigungen an Familien zahlen, die von Krokodilangriffen betroffen waren; einige davon endeten tödlich.

**Zimbabwe: Druck auf Medien.**

Das *Southern African Editors Forum* (SAEF) hat in einer Erklärung vom 21. Februar die Schikaniierung von Journalisten des investigativen Online-Magazins *NewsHawks* in Zimbabwe verurteilt. Wie dessen Herausgeber mitteilte, stünden mehrere Journalisten, insbesondere Redakteur Owen Gagare, derzeit „*unter Beobachtung*“. Die Situation entspreche den Schikanken, die im August 2021 gegen den Journalisten Bernard Mpofu gerichtet wurden, der sich näher für den angeblich durch einen „*technischen Defekt*“ verursachten Hubschrauberabsturz von Präsident Emmerson Mnangagwa interessiert hatte. Nach Veröffentlichung seines investigativen Beitrags sei Mpofu aus Sicherheitsgründen gezwungen gewesen, seine Wohnung zu verlassen und unterzutauchen.

Laut *NewsHawks* wurde das Magazin von den Behörden gezwungen, eine Korruptionsgeschichte über drei Generäle der zimbabwe'schen Streitkräfte auf Eis zu legen – d. h. keine Nachforschungen mehr anzustellen und nichts zu veröffentlichen. „*Selbstzensur und Schweigen sind im Enthüllungsjournalismus zwar eigentlich keine Option*“, sagte Gagare, „*doch sind wir leider im Moment zu unserem Schutz*

gezwungen, eine solche Entscheidung zu treffen.“ SAEF-Generalsekretär Joseph Ailonga erklärte, die SAEF unterstütze die Reaktion von NewsHawks, und forderte Präsident Emmerson Mnangagwa auf, einzugreifen und den Geheimdienst anzuweisen, die Verfolgung von Journalisten einzustellen. „Die Regierung von Zimbabwe ist als UN-Mitgliedstaat an Verträge gebunden, die die Sicherheit von Journalisten gewährleisten“, so Ailonga.

„Niemand steht über dem Gesetz, auch nicht der Staatsschutz, der vorgibt, die Souveränität eines Landes zu wahren. Korruption ist Korruption und sollte nicht durch geheimdienstliche Methoden geschützt werden.“

**Namibia – Bevölkerung.** Wie die *Namibia Broadcasting Corporation* Mitte März berichtete, hat der Bevölkerungsstand Namibias die 3-Millionen-Grenze überschritten. 1991, ein Jahr nach der Unabhängigkeit, hatten erst 1,4 Mio. Menschen in Namibia gelebt – eine merkliche Steigerung.

**Angeblich Militäreinsatz an der Universität von Swaziland.** Die lange Geschichte der Repression gegen soziale Proteste und Kritik an der absolutistischen Königsherrschaft in Eswatini ist um eine Facette reicher. Wie die *Swaziland News* am 26. Februar berichteten, soll König Mswati III. die Armee zum Einsatz an der regimekritischen *University of Eswatini* (UNESWA) gebracht haben, nachdem Lehrende die Prüfungen boykottierten und zum Parlament marschiert waren, da die Hochschuleinrichtung mit immer größeren finanziel-

len Engpässen zu kämpfen hat und keine Gehälter mehr zahlen kann.

UNESWA liegt im Bezirk Kwaluseni, der sich zwischen Manzini und Mbabane, den beiden größten Städten des Landes, befindet.

Die Information wurde allerdings vom Kanzler der Universität, Dr. Salebona Simeane, dementiert. Er habe keinen Einsatz von Soldaten

gesehen, man solle sich an das Armeekommando wenden. Allerdings faßte der Senat noch am Tag der Zeitungsmeldung den Beschluß, die anstehenden Prüfungen des zweiten Semesters 2022/2023 um eine Woche zu verschieben.

In seiner Budgetrede Ende Februar kündigte Finanzminister Neal Rijkenberg eine substantielle Erhöhung der Budgetansätze für Bildung und Gesundheit an. Beobachter/innen sahen darin eine indirekte Bestätigung der seit Jahren herrschenden Krise in beiden Bereichen.

#### **Choleraausbruch in Zambia.**

Wie die Regierung in Lusaka Mitte Jänner mitteilte, leidet das Land seit Oktober unter einem massiven Choleraausbruch. Bis Ende Jänner stieg die Zahl der Infektionen auf 16.526, 613 Todesfälle wurden gemeldet. Die Schulen blieben nach den Weihnachtsferien landesweit bis 29. Jänner



*Cholera-Behandlungszentrum in Lusaka*

geschlossen und wurden einer speziellen Säuberung unterzogen. Ein großes Fußballstadion in der Hauptstadt, auf die sich ein großer Teil der Fälle konzentrierte, wurde in eine Behandlungseinrichtung umgewandelt. Die Behörden haben ein Massenimpfungsprogramm eingeleitet und stellen den betroffenen Gemeinden sauberes Wasser zur Verfügung, angeblich 2,4 Millionen Liter pro Tag. Eltern und Kinder wurden aufgefordert, spezielle Informationssendungen im Fernsehen und Radio zu verfolgen – eine Maßnahme, die schon während der COVID-19-Pandemie getroffen worden war.

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums betrifft die Choleraepidemie inzwischen fast die Hälfte der Bezirke des Landes und neun von zehn Provinzen. Täglich werden über 400 neue Fälle registriert. „Das stellt eine ernste Bedrohung für die Gesundheitssicherheit unseres Landes

dar", sagte Gesundheitsministerin Sylvia Masebo. Laut Dr. Mazyanga Mazaba, einem Verantwortlichen des *Public Health Institute*, sei Cholera in Zambia seit den 1970ern mehrmals aufgetreten, der derzeitige Ausbruch sei jedoch der schwerste seit zwanzig Jahren.

UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, bezeichnete die Todesrate von rund 4 % während des bisher dreimonatigen Ausbruchs als „*verheerend hoch*". Würde die Cholera rechtzeitig behandelt, liege die Sterblichkeitsrate in der Regel bei unter 1 %. Mehr als die Hälfte der derzeitigen Todesopfer sei jedoch verstorben, bevor sie eine medizinische Einrichtung erreichen konnte, so das *Public Health Institute*.

Laut UNICEF wurden im Südlichen Afrika seit Anfang 2023 mehr als 200.000 Cholera-Infektionen und über 3.000 Todesfälle gemeldet, darunter in Malawi, Moçambique und Zimbabwe. Weltweit wurden schwere Choleraausbrüche in etwa dreißig Ländern gemeldet, darunter in Nigeria und Uganda. Nach Ansicht der WHO sind für die Choleraepidemie neben anhaltender Armut zunehmend auch heftige Regenfälle verantwortlich, die sich auf den Klimawandel zurückführen lassen. Dies treffe gerade auch auf Zambia und Moçambique zu.

Die zahlreichen Ausbrüche der Seuche weltweit haben zu einer Knappheit bei Choleraimpfstoffen geführt. Zambia erhielt von der WHO bislang 1,4 Millionen Dosen, weitere 200.000 sollen noch geliefert werden. Das Land hat jedoch 20 Millionen Einwohner/innen. Seitens der EU-Kommission wurde angekündigt, Zambia mit 1,2 Millionen Euro humanitärer

Hilfe zu unterstützen.

### **Ausstieg aus Pipeline-Projekt**

**in Tanzania.** Die Firma *Isoplus Fernwärmetechnik* in Hohenberg (Bezirk Lilienfeld) ist aus einem Joint Venture für den Bau der längsten beheizten Ölpipeline der Welt, der *East African Crude Oil Pipeline* (EACOP), ausgestiegen. Der Schritt sei im Einvernehmen mit dem Vertragspartner erfolgt, berichtete orf.at.

Die Firma war mit fünf weiteren Unternehmen an dem Joint Venture namens ISOAF beteiligt, um die Pipeline zu isolieren. Durch sie soll auf einer Länge von über 1.400 Kilometern Öl vom Lake Albert in Uganda durch Tanzania an den Indischen Ozean transportiert und von dort exportiert werden. Die vertragliche Verpflichtung bestand seit 2015, auf isoplus entfielen dabei 24,9 Prozent.

„*Ein Ausstieg ohne potenziell ruinöse Schadenersatzzahlungen kann nur im Einvernehmen mit dem Vertragspartner erfolgen. Dieses Einvernehmen wurde jetzt in intensiven Gesprächen hergestellt*“, informierte Geschäftsführer Christian Rockenbauer per Aussendung.

„*Fridays For Future*“ hatte im Juni des Vorjahres in Österreich, Deutschland, Italien und Uganda gegen das aus Sicht der Aktivisten „*besonders klimaschädliche Projekt*“ protestiert. Nun spricht die Bewegung von einem „*Riesenerfolg*“. „*Der Ausstieg von isoplus besiegelt noch nicht das Ende der Pipeline. Die Anteile am Joint Venture ISOAF wurden lediglich weiterverkauft. Um die Pipeline zu stoppen, müssen jetzt die involvierten Firmen ihre Beteiligungen stoppen und TotalEnergies das Pipeline-Projekt ab-*

sagen“, heißt es in einer Aussendung. „*Trotzdem ist der Ausstieg ein starkes Signal an die gesamte Branche sowie an den Betreiber TotalEnergies: Ölpipelines zu bauen ist nicht zukunftsfähig.*“

**Nuklearwaffenverbot.** Vom 27. November bis 1. Dezember 2023 fand in New York das *Zweite Vertragsstaaten-treffen des Nuklearwaffenverbotsvertrags* (TPNW) statt. Der Vertrag wurde 2017 zur Unterzeichnung aufgelegt und trat im Jänner 2021 völkerrechtlich in Kraft (INDABA 109/21). Das erste Treffen richtete Österreich im Juni 2022 in Wien aus. Österreich war wesentlich am Zustandekommen des TPNW beteiligt.

Mit Ende Februar 2024 haben 93 Staaten unterzeichnet und 70 ratifiziert. Unter anderem sind Angola, Moçambique und Zimbabwe beigetreten, Botswana, Lesotho, Malawi, Namibia und Südafrika haben auch ratifiziert. Moçambique hat eine baldige Ratifizierung angekündigt.

In der Konferenz wurde neben der Verabschiedung einer Politischen Deklaration auch Themen wie Abschreckung, Vertragsbeitrittsmodalität, wissenschaftliche Beratung und Opferhilfe behandelt. Zum Vertragsartikel 12 „*Universalisierung*“ legten Malaysia und Südafrika den Bericht ihrer Arbeitsgruppe vor. Dabei geht es um diplomatische Bemühungen und Veranstaltungen, um weitere Staaten zum Vertragsbeitritt zu gewinnen. Bis zur nächsten Konferenz am 3. – 7. März 2025 in New York werden Südafrika und Uruguay die Artikel 12-Arbeitsgruppe weiterführen.

Manfred Sauer

## Internationaler Gerichtshof

# Südafrika versus Israel

*Mit der Klage gegen Israel wegen Verletzung der Genozidkonvention hat Südafrika für einen internationalen Paukenschlag gesorgt. Ob die Einschaltung des UN-Gerichts einen Weg aus der verfahrenen Situation im Nahen Osten weisen kann, bleibt abzuwarten. Ein Ergebnis ist aber bereits sichtbar: Große Teile des Globalen Südens und der sog. Westen stehen sich in ihrer Einschätzung des israelischen Krieges in Gaza diametral gegenüber – eine neue Facette des Nord/Süd-Konflikts. Von Walter Sauer.*

**f**ür einen kurzen Moment sei der Glaube an das Völkerrecht wiederhergestellt gewesen, schrieb Verne Harris von der *Nelson Mandela Foundation* mit Bezug auf die südafrikanische Initiative beim *Internationalen Gerichtshof* (S. 4 in diesem Heft). In der Tat bedient sich Pretoria eines im UNO-System verankerten Instrumentariums, das geschaffen wurde, um zwischenstaatliche



*Der Internationale Gerichtshof in Den Haag*

Konflikte durch internationale Rechtsprechung zu entschärfen und einer Lösung näherzubringen. Daß juristische Mittel im Kontext Israel – Palästina ausreichen, dieses Ziel zu erreichen, kann natürlich in Frage gestellt werden; allzuoft zieht das Recht gegenüber der Macht den Kürzeren. Andererseits ist offensichtlich, daß die Konfliktparteien vor Ort und ihre jeweiligen internationalen Unterstützer die jahrzehntelange Spirale der Ge-

walt im Nahen Osten nicht mehr anhalten können (oder wollen) und die Situation in immer katastrophalere Szenarien eskaliert. Auswege auf dem Verhandlungsweg, wie sie noch in den 1990er Jahren erhofft werden konnten, sind heute kaum vorstellbar – weder die international favorisierte, von Israel zunehmend abgelehnte „Zwei-staatenlösung“ noch das Ideal der 1970er Jahre, einen gemeinsamen Staat von Israelis und Palästinensern

auf demokratischer Basis zu schaffen. Südafrikas Überlegung, das Völkerrecht und die zu seiner Wahrung berufenen multilateralen Mechanismen ins Spiel zu bringen, ist angesichts dessen nicht weniger realistisch.

**N**achdem sich die Kritik der Regierung in Pretoria

– die im übrigen den Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 klar verurteilte – am Vorgehen Israels im Gazastreifen und im Westjordanland schon in den vergangenen Monaten intensiviert hatte (INDABA 120/23), reichte eine sehr divers zusammengesetzte südafrikanische Delegation, der einige der prominentesten Jurist/inn/en des Landes angehörten, am 29. Dezember in Den Haag eine 84-seitige Klagschrift ein. Israel wird

darin beschuldigt, durch sein Vorgehen gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza die *Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide* (Völkermord-Konvention) von 1948 zu verletzen. Unbeschadet eines Urteils in der Sache selbst beantragte Südafrika weiters vorläufige Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs (IGH), um die volle Erfüllung der Konvention durch Israel sicherzustellen, an erster Stelle die sofortige Suspendierung der militärischen Operationen in und um Gaza ([www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20231228-app-01-00-en.pdf](http://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20231228-app-01-00-en.pdf)). Entgegen den Erwartungen vieler Beobachter/innen wies der IGH die südafrikanische Klage – die von Israel als absurd und substanzlos kritisiert wird – nicht von vornherein ab. Die Unverhältnismäßigkeit des Vorgehens der israelischen Armee, wie sie u. a. vom österreichischen UN-Menschenrechtskommissar Volker Türk kritisiert wird (bislang 30.000 palästinensische Todesopfer), spielte hierbei wohl eine Rolle. In seiner Entscheidung vom 26. Jänner 2024 sah der IGH im israelischen Vorgehen sogar „a real and imminent risk of irreparable prejudice to the plausible rights [of the Palestinians]“ – was allein schon als moralischer Sieg Südafrikas gewertet wird.

Die siebzehn Richter/innen gingen zwar nicht so weit, eine sofortige Einstellung der Kämpfe in Gaza explizit anzuordnen (auch wenn eine vollständige Umsetzung der von ihnen angeordneten Maßnahmen, so Außenministerin Naledi Pandor, einen Waffenstillstand erfordern würde). Sie forderten Israel jedoch auf, genozidale Handlungen im Sinne der Konvention sowie die Propagierung und Befür-



Kundgebung vor der südafrikanischen Botschaft in Wien

wortung von solchen zu unterlassen. Weiters sollten grundlegende öffentliche Dienstleistungen im Gazastreifen sowie verstärkte humanitäre Hilfe zugelassen werden, und sollte Israel innerhalb eines Monats Bericht über die getroffenen Maßnahmen erstatten ([www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240126-sum-01-00-en.pdf](http://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240126-sum-01-00-en.pdf)). Bemerkenswerterweise wurde die Entscheidung mit überwältigender Mehrheit getroffen. Bei separaten Abstimmungen über die einzelnen Klauseln sprachen sich 15 Richter/innen dafür und 2 dagegen aus, in einem Fall war das Ergebnis sogar 16:1, d. h. hier stimmte sogar der israelische Vertreter zu. Nur die Richterin aus Uganda, die keine Zuständigkeit des IGH in Sachen Gaza gegeben sieht, stimmte konsequent gegen alles; die Regierung in Kampala hat sich von ihr distanziert.

Noch bevor der – im übrigen ziemlich inhaltsleere – israelische Bericht geliefert wurde, beantragte Südafrika am 12. Februar weitere Anordnungen

des IGH. Damit sollte auf die unhaltbare Situation in und um die Stadt Rafah reagiert werden, wohin mehr als die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung des Gazastreifens geflüchtet war. Obwohl das Gericht auch den Hinweis von UN-Generalsekretär António Guterres registrierte, die Entwicklungen in Gaza würden den bestehenden humanitären Alptraum „exponentiell steigern“, ordnete es keine neuerlichen Maßnahmen an. Südafrika reagierte darauf am 6. März mit einem neuerlichen Antrag, der IGH möge dringendst weitere Verfügungen treffen, um die „Sicherheit von 2,3 Mio. Palästinensern in Gaza, darunter von mehr als einer Million Kindern, zu gewährleisten.“ Die Reaktion des Gerichts darauf lag bis Redaktionsschluss noch nicht vor (<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240306-pre-01-00-en.pdf>).

Mittlerweile unterstützen knapp dreißig Staaten – mit der Ausnahme Sloweniens alle aus dem Globalen

Süden – die südafrikanische Klage auch öffentlich; andere halten sich aus Angst vor wirtschaftlichen Repressalien zurück. Die zivilgesellschaftlichen Reaktionen in Europa fielen zwar gemischt aus, palästinensische und Solidaritätsorganisationen riefen jedoch zu „Danke Südafrika“-Kundgebungen vor den jeweiligen Botschaften Pretorias auf, darunter auch in Wien. Hier ergriffen u. a. Kreisky-Menschenrechtspreisträger Horst Kleinschmidt, der zum SADOCC-Jubiläum nach Wien gereist war, und der Autor dieses Beitrags das Wort.

**W**elche Überlegungen bewogen Präsident Cyril Ramaphosa, Justizminister Ronald Lamola (INDABA 118/23) und Außenministerin Pandor zur umstrittenen und nicht zuletzt auch riskanten Initiative vor dem IGH? Immerhin sollen Milliarden

an ausländischem Investitionskapital aus Südafrika abgezogen worden sein, und republikanische und demokratische Abgeordnete in den Vereinigten Staaten brachten gemeinsam einen Gesetzesantrag ein, demzufolge die bilateralen Beziehungen einer „Überprüfung“ unterzogen werden sollen. Dies läuft wohl auf den Verlust von Handelszugeständnissen hinaus – ein wirtschaftliches Negativszenario. Andererseits ist die Politik Südafrikas zur Unterstützung Palästinas unter der Bevölkerung extrem populär. Hunderttausende beteiligten sich an Demonstrationen, Gewerkschaften, Kirchen und andere Organisationen sprechen sich fast unisono dafür aus. Selbst die Hausfassaden in Bo-Kaap, einem der



Ein berühmtes Zitat aus Mandelas Rede beim International Day of Solidarity with Palestinian People am 4. Dezember 1997

touristischen Hotspots in Kapstadt, wurden großflächig in Palästinafarben getüncht. Erstmals wieder seit Jahren ist eine Art Schulterschluss der Nation hinter der Regierung erkennbar. Staatspräsident Ramaphosa brachte es in einer TV-Ansprache auf den Punkt: „Manche haben uns gesagt, wir sollten uns um unsere eigenen Angelegenheiten kümmern, andere sagten, das sei nicht unsere Sache. Und doch ist es sehr wohl unsere Sache – als Menschen, die den Schmerz der Enteignung, der Diskriminierung und der staatlich geförderten Gewalt nur zu gut kennen. Auch wir sind ein Volk, das Opfer des Verbrechens der Apartheid war. Wir wissen, wie Apartheid aussieht... Wir

werden nicht tatenlos zusehen, wie die Verbrechen, die an uns begangen wurden, anderswo erneut verübt werden.“

Nicht nur das historische Bündnis Israels mit dem Apartheidregime – nicht zuletzt auf dem Gebiet der nuklearen Rüstung – belastet das bilaterale Verhältnis bis heute. Stärker noch fällt die aktuelle Situation in Israel ins Gewicht, die als eine neue „Apartheid“ begriffen wird. Kein Geringerer als Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu hatte diese Analogie nach Besuchen in Israel und Palästina schon vor vielen Jahren geprägt. Dabei geht es weniger um Einzelheiten der politischen Systeme, die zum Teil zeit- und regionsbedingt unterschiedlich ausgestaltet waren, als vielmehr um zwei Faktoren, die von Südafrika

regelmäßig ins Treffen geführt werden: die anhaltende Repression gegen Palästinenser/innen sowie ihre soziale und wirtschaftliche Diskriminierung im gesamten israelischen Machtbereich einerseits (inklusive der völkerrechtlich illegal besetzten Gebiete im Westjordanland, bezüglich dessen die UN-Generalversammlung 2022 ebenfalls den IGH einschaltete), und den siedlerkolonialen Charakter des israelischen Staates andererseits. Dessen Entstehen sei auf die britische Balfour Declaration von 1917 zurückzuführen und habe unmittelbar nach der Gründung 1948 zur Vertreibung hunderttausender palästinensischer Einwohner/innen (der „Nakba“) geführt. Israels Apartheid sei allerdings „bei



*weitem brutaler als alles, was wir in Südafrika gesehen haben*“, so vor kurzem der ehemalige ANC-Parlamentarier Andrew Feinstein, selbst jüdischer Herkunft, dessen Mutter die NS-Diktatur in Wien überlebt hatte.

**W**ie auch immer das Verfahren vor dem IGH in den kommenden Jahren weitergehen wird, einige Ergebnisse sind bereits heute erkennbar. Südafrika hat sich – wenn auch möglicherweise unter hohem wirtschaftlichen und außenpolitischen Risiko – als Vorkämpfer des Völkerrechts und der internationalen Rechtsordnung profiliert. Israels bisheriges Privileg, seine Palästinapolitik mit allen Mitteln ausführen und mit Hinweis auf die Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus in Europa rechtfertigen zu dürfen (Erzbischof Tutu: „*Palästinenser zahlen die Buße für den Holocaust*“: INDABA 63/09), wird international zunehmend hinterfragt. Der IGH geht auch nicht von einer Exklusivität der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik aus, wie sie die israelische Interpretation der Konvention von 1948 behauptet und damit koloniale Genozide (wie etwa jenen des Deutschen Reiches an den Herero und Nama in Südwestafrika) für zweitrangig erklärt. Last, but not least ist die seit Jahrzehnten schwelende Krise im Nahen Osten, welche den Kontext für die katastrophale Eskalation durch den Überfall der Hamas und die überschießende Reaktion Israels darauf darstellt, wieder zu einem Konfliktpunkt zwischen dem Globalen Süden und dem sogenannten Westen geworden. Unter anderem wurden Vorschläge in den Raum gestellt, die Vereinigten Staaten, Frankreich oder Deutschland wegen „Beihilfe zum Ge-

nozid“ beim IGH zu klagen – so etwas könnte letztendlich auch Österreich treffen.

Medial wurde, auch in Österreich, häufig drauf verwiesen, der Internationale Gerichtshof verfüge nicht über Instrumente, seine Urteile und Anordnungen gegen den Willen der betroffenen Staaten durchzusetzen. Das ist zwar richtig, blendet aber die Einbindung des Gerichts in die Organe der Vereinten Nationen aus. Ramaphosa hat angekündigt, den Genozid-Vorwurf an Israel gegebenenfalls an den UN-Sicherheitsrat heranzutragen – an jenes Gremium, das in erster Linie für Sanktionen zur Sicherung des Friedens und der internationalen Sicherheit zuständig ist.

Da in diesem Fall mit einem Veto der USA bzw. anderer westlicher Mächte zu rechnen ist, wäre eine internationale Mobilisierung auf der Ebene von Zivilgesellschaftlich, ein-

zelen Staaten und der UN-Generalversammlung erforderlich.

Dieses Szenario erinnert lebhaft an jenes, das im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts zur Unabhängigkeit von Namibia und zur Befreiung Südafrikas von der Apartheid geführt hat: Internationale Sanktionen, die von den Vereinten Nationen gegen das Apartheidregime verhängt wurden, trugen wesentlich dazu bei, daß Südafrika dem illegal besetzt gehaltenen ehemaligen UN-Treuhandgebiet Namibia die Unabhängigkeit zugestand (auch eine Art von Zweistaatenlösung, wenn man so will). Die zahlenmäßige Mehrheit der Staaten des Globalen Südens in der UN-Generalversammlung, der politische Druck der Solidaritätsbewegung auf die westlichen Mächte und nicht zuletzt der innere Widerstand spielten dabei eine wesentliche Rolle.

■  
■

## Südafrika in Den Haag

Südafrika hat einige seiner prominentesten Juristinnen und Juristen entsendet, um die Völkermordklage gegen Israel zu vertreten. Geleitet wird die Gruppe vom renommierten Völkerrechtsexperten John Dugard (88). Er war früher Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission zur Lage der von Israel besetzten palästinensischen Gebiete (sein damaliger Bericht erregte großes Aufsehen) und in den 2000er Jahren mehrmals selbst ad-hoc-Richter am Internationalen Gerichtshof.

Ihm zur Seite steht Adila Hassim (52), die es mittlerweile zu einer hohen Medienpräsenz gebracht hat. Hassim ist spezialisiert auf soziale Grundrechte und hat aufsehenerregende Prozesse gegen die südafrikanische Regierung bzw. multinationale Konzerne geführt (*Limpopo Textbooks Case*, *Silicosis* u. a.). Sie ist Mitbegründerin von *Sektion 27* (<https://section27.org.za>) und *Corruption Watch* (<https://www.corruptionwatch.org.za/>).

Weiters gehören dem Legal Team Tembeka Ngcukaitobi an, der an der juristischen Aufarbeitung von *state capture* beteiligt war, Max du Plessis, Professor an der University of KwaZulu-Natal, sowie die Anwälte Tshidiso Ramogale, Sarah Pudifin-Jones und Lerato Zikalala.

# Zum Tod von Hage Geingob

*Am 4. Februar 2024 verstarb der namibische Staatspräsident, Hage Geingob, im 83. Lebensjahr im Lady Pohamba Hospital in Windhoek. Anfang des Jahres hatte er seine Krebserkrankung öffentlich gemacht. Eine medizinische Behandlung in den Vereinigten Staaten war abgebrochen worden, um ihm die Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen. Von Walter Sauer.*

Der Tod eines amtierenden Staatspräsidenten bedeutet für Namibia eine Premiere. Beide Vorgänger – Staatsgründer Sam Nujoma und dessen Nachfolger Hifikepunye Pohamba – sind noch am Leben. Offenbar bestehende verfassungsrechtliche Unschärfen betr. die Nachfolge wurden bald geklärt. Die Amtsgeschäfte übernahm der bisherige Vizepräsident Nangolo Mbumba. Am 24. Februar wurde Geingob im Rahmen eines Staatsakts auf dem Heldenfriedhof in Windhoek begraben.

Weniger leicht auszuloten sind die politischen Implikationen. Hage Geingob als Person wie auch die Personalentscheidungen der SWAPO und überhaupt die Politik der letzten Jahre waren keineswegs unumstritten. An der Spitze der Partei herrschte eine fragile politische Balance, die durch den Tod Geingobs wenige Monate vor den anstehenden Wahlen ins Trudeln kommen könnte. 1989 hatte Geingob als Vorsitzender der Verfassungsgebenden Versammlung einen wesentlichen Einfluß auf die politische Gestaltung Namibias nach der Unabhängigkeit ausgeübt, in den entscheidenden Jahren von 1990 bis 2002 als Premierminister amtiert. Dann allerdings fiel er bei Präsident Nujoma in Ungnade und faßte erst 2007 politisch wieder Tritt. Die Unterstützung prominenter Geschäftsleute – wie des Multimillionärs Knowledge Katti – erwies sich dabei als entscheidend.

2012 wurde er erneut Premierminister, 2015 trat er sein Amt als dritter Präsident des Landes an.

hoffnungen auf eine Reformära – nicht zuletzt genährt durch seine dritte Ehefrau, Monica Geingos, die große Popularität genießt – erfüllten sich allerdings nicht. Vom „gemeinsamen namibischen Haus“, das seine ersten Reden versprochen, ist wenig geblieben. Ansätze zur Armutsbekämpfung – immerhin ernannte er den Befreiungstheologen Zephania Kameeta zum zuständigen Minister – versandeten, insbesondere das von NGOs geforderte, eigentlich schon beschlossene bedingungslose Grundeinkommen (BIG). Die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Regierung ist auf die Förderung der Mittel- und Oberschicht ausgerichtet – daß Namibia nach wie vor als eines der sozial am meisten ungleichen Länder der Welt fungiert, ist somit kein Wunder. Vor allem in seiner zweiten Amtszeit gab sich Geingob darüber hinaus als Verfechter einer extraktivistischen

Wirtschaftspolitik – neue Uranminen wurden eröffnet, Erdöl- und -gasvorkommen in allen möglichen Landesteilen exploriert. Lizenzen dafür (unter Mißachtung von Umwelt- und Transparenzvorschriften) an internationale Konzerne vergeben. Wohl kein Zufall, dass der Name Knowledge Katti dabei immer wieder auftaucht.

auf die regierende SWAPO hatte all das starken Einfluß. Traditionalisten und Modernisierer, Marxistoiden und Neoliberale, leider auch Ovambo- und Nichtovambo-Sprechende stehen sich zum Teil entfremdet gegenüber. Sowohl Geingobs Wiederwahl zum Kandidaten für eine zweite Amtszeit als auch die Nominierung seiner voraussichtlichen Nachfolgerin, Außenministerin Netumbo Nandi-Ndaitwah, erfolgten durch Kampfabstimmungen zwischen den verfeindeten Lagern.

Ob angesichts dessen die mühsam hergestellte Balance an der Spitze der SWAPO hält? Eigentlich kein gutes Zeichen, wenn einzelne in der Parteiführung schon während der offiziellen Trauerphase für einen neuen Parteitag plädierten oder gleich (statt Nandi-Ndaitwah) einen Mann an der Spitze sehen wollten. Nach dem Begräbnis könnte diese Diskussion eskalieren. Das Ergebnis werden die Monate bis zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Herbst zeigen.

*Teilnehmer/innen der SADOCC-Studienreise 2013 nach Namibia mit Nangolo Mbumba im SWAPO-Hauptquartier in Windhoek*



# Krisenherd Nord-Moçambique

*Die Gewißheit der Regierung in Maputo, den Aufstand im Norden militärisch niederwerfen zu können, war offensichtlich verfrüht.*

*Die Guerilla hat sich neu formiert und stößt nach Süden vor, die Armee zog sich schon aus mehreren Gebieten zurück. Joe Hanlon berichtet.*

**d**urch den massiven Militäreinsatz südafrikanischer und rwandesischer Truppen war es Anfang 2022 zwar gelungen, die Hoheit der moçambikanischen Regierung über den Norden des Landes wiederherzustellen. Der Krieg hörte nicht auf, aber er verlangsamte sich. Mehr als die Hälfte der über eine Million Binnenflüchtlinge kehrte mittlerweile in ihre Heimat zurück. Expert/inn/en wiesen jedoch schon damals darauf hin, daß die sozialen Ursachen des Konflikts nicht beseitigt waren (INDABA 114/22). Und genau das scheint aktuell zu einem Wiederaufflammen der Kämpfe zu führen. Seit Mitte Dezember 2023 nehmen die Zwischenfälle wieder zu. Die Aufständischen kontrollieren zwei miteinander verbundene kleine Gebiete: eines entlang des Messalo-Flusses, 50 km vom Meer bis nach Chai, das von einem undurchdringlichen Dschungel bedeckt ist, und das andere an der Küste des Distrikts Macomia, etwa 60 km lang und 40 km breit. Geographisch gesehen handelt es sich also um einen kleinräumigen Krieg. Kurz vor den Regenfällen jedoch eröffneten die Aufständischen drei neue Fronten: an der Küste von Macomia, an der Straße N380 in Richtung Chai und im Distrikt Muidumbe. Damit sind die für die Erdgasprojekte weiter nördlich wichtigsten Verbindungen in Gefahr, die Fernstraße N380 und die Küstenschifffahrt.



*Immer noch hunderttausende intern Vertriebene*

Seit Dezember haben die Guerilleros – die sich *Islamischer Staat von Moçambique* nennen – ihre Vorherrschaft in den südlichen Bezirken Mocimboa da Praia und Teilen von Macomia ausgebaut und sind weitgehend unbehelligt 200 km nach Süden in die Provinz Nampula vorgedrungen. Seit der Tötung ihres Anführers Bonomade Machude Omar im August letzten Jahres haben sich die Aufständischen offensichtlich neu formiert. Sie nutzen die Regenzeit, während der sintflutartige Regenfälle zu Überschwemmungen führen und viele Straßen für Fahrzeuge unpassierbar machen. Gleichzeitig sind die Truppen der SADC-Mission in Moçambique im Abbau begriffen, sie soll im Juli zu Ende gehen. Die Regierungstreitkräfte, die von europäi-

schen und US-amerikanischen Militärberatern ausgebildet werden, scheinen nach wie vor wenig motiviert und wenig kompetent zu sein. Rwandesische Soldaten sorgen für die Sicherheit in den Gasfördergebieten – im Bezirk Palma mit der Gasförderbasis auf der Halbinsel Afungi, in der Stadt Mocimboa da Praia und im nördlichen Teil des Bezirks Mocimboa da Praia. Tanzanische Truppen konnten die Aufständischen aus dem Bezirk Nangade an der Grenze zum Rovuma-Fluss vertreiben. Nach Süden zu scheinen sich diese jedoch völlig frei bewegen zu können. Teilweise haben die Aufständischen eine neue Strategie eingeschlagen. Außer bei militärischen Auseinandersetzungen töten sie weniger Menschen, brennen weniger Häuser und Kirchen nieder und versuchen



Ausländische Soldaten sichern strategische Punkte

mancherorts, die Herzen und Köpfe der Bevölkerung zu gewinnen, insbesondere derjenigen, die sich zum Islam bekennen. Auf den Straßen zünden die Aufständischen keine Fahrzeuge mehr an, sondern erheben eine Maut.

**W**ie ernst die Krise ist, zeigt der unerwartete Besuch von Präsident Filipe Nyusi am 21. Februar in Pemba. Nach einem Treffen mit der Provinzregierung sagte er vor Reportern, rwandesischen Truppen seien gemeinsam mit Regierungssoldaten an einer Konfrontation bei Ocuca beteiligt gewesen. Dies ist das erste Mal, daß sich die Ruandeser so weit von ihren zwei Bezirken Palma und Mocimboa da Praia entfernt haben, und zeigt, wie besorgt die Regierung ist. Die Aufständischen hatten einige Tage zuvor die Nationalstraße N1 bei Ocuca, südlich der Stadt Chiure, überquert. Sie beabsichtigen wahrscheinlich, über den Fluß zu setzen, um nach Nampula zu gelangen – wie 2022. Diese Route war in den 1980er Jahren Renamo-Gebiet, die Stadt Chiure hat heute einen Renamo-Bürgermeister, und es kommt des öfteren zu Angriffen auf

unbeliebte Regierungsbeamte. Das Küstengebiet ist weitgehend muslimisch und mißtraut der Frelimo – ein guter Boden für die Rekrutierung neuer Kämpfer.

**d**ie bei weitem blutigsten und brutalsten Kämpfe der letzten zwei Monate fanden an der Küste des Distrikts Macomia statt. Die Küstenstadt Mucojo, die für die Kontrolle der Schifffahrt an der Küste von entscheidender Bedeutung ist, hat sechsmal den Besitzer gewechselt. Wurde die Stadt von den Aufständischen kontrolliert, fuhren diese mit Booten zu den Küstendörfern und warnten deren Einwohner/innen davor, den „Ungläubigen zu helfen“. Erstmals wurde in Mucojo auch eine strenge Auslegung des islamischen Rechts in Kraft gesetzt, die unter anderem bestimmte Haarschnitte, den Verkauf von Alkohol und enge oder spitz zulaufende Hosen verbietet. Gleichzeitig wurden das tägliche Gebet und der Besuch von Moscheen gefördert. Wurde die Stadt wieder von den Regierungstruppen kontrolliert, kam es zur Hinrichtung mutmaßlicher Kollaborateure und anderen Grausamkeiten; die moçambi-

kanische Marine soll mehr als 40 Fischer getötet haben. Dies führte zu Unmut in der Bevölkerung. In der Nacht vom 9. auf den 10. Februar 2024 starteten schätzungsweise 150 Guerilleros einen Großangriff auf Mucojo, dem 25 Soldaten zum Opfer fielen – einer der größten Verluste der Regierung in einem einzigen Gefecht in den letzten Jahren. Es wird vermutet, daß die Stadt noch immer unter der Kontrolle der Aufständischen steht. Die Front in Mocimboa da Praia, 50 km südlich von Chai, soll vor allem die Kontrolle über den Catupa-Wald nördlich des Messalo-Flusses absichern, widerlegt zugleich aber die Behauptungen der rwandesischen und moçambikanischen Regierungen, diese Zone sei friedlich. Seit Anfang Jänner halten in der Umgebung der Stadt Scharmützel zwischen den Aufständischen und rwandesischen Soldaten an, bei denen mehrere Zivilisten getötet wurden.

Die dritte aktuelle Front betrifft die Fernstraße N380, die einzige asphaltierte Straße von Pemba in Richtung Norden (also zum Gasprojekt). Hier kam es ab Ende Dezember zu Übergriffen schwerbewaffneter Männer auf den Durchzugsverkehr sowie zu Attacken auf einen Stützpunkt der Bereitschaftspolizei und die Stadt Chai. Die Straße N380 ist (gegen Ende Februar) wegen Überschwemmungen gesperrt, aber wenn sie offen ist, kann der Verkehr nördlich der Stadt Macomia nur unter militärischer Begleitung erfolgen.

*Der Text wurde Joseph Hanlons Cabo Delgado Special Report 1 vom 22. Februar 2023 entnommen und redaktionell bearbeitet und gekürzt. Das englische Original findet sich unter <https://bit.ly/Moz-633>.*

# Afrika 2024

## Geschäftige Politik, aber kaum weniger Armut

*Afrika wird heuer laut Internationalem Währungsfonds (IWF) mit 4 % die am zweitschnellsten wachsende Region der Welt sein. Südafrika wird vermutlich Nigeria und Ägypten als größte Volkswirtschaft des Kontinents überholen. Viele Staaten aber leiden unter den Folgen des Klimawandels, der zunehmenden Ernährungsunsicherheit, dem schwachen globalen Wachstum und hohen Zinsen. Auch der Gazakonflikt sowie der anhaltende Krieg zwischen Rußland und der Ukraine werden ein höheres Wachstum auf dem gesamten Kontinent verhindern. Die wirtschaftlichen Schocks haben seit 2020 schätzungsweise 55 Millionen Menschen in die Armut getrieben und mehr als zwei Jahrzehnte Fortschritt bei der Armutsbekämpfung zunichte gemacht.  
Von Alex Vines.*

**W**irtschaftlich wird die Debatte über die afrikanischen Schulden im Vordergrund stehen. Erhöhte Zinssätze und ein stärkerer Dollar machen es teurer, auf Dollar lautende Schulden zu bedienen. Schon zu Beginn des heurigen Jahres sind neun Staaten in Zahlungsschwierigkeiten, weitere 15 sind stark und 14 mäßig gefährdet. Zambia, Ghana und seit kurzem auch Äthiopien sind mit ihren Schulden in Verzug. 2024 und 2025 werden zudem mehrere Eurobond-Anleihen fällig, bei denen eine Umschuldung kaum in Frage kommt; dies betrifft Kenya, Tunesien und Ägypten. Südafrika kann seine Rückzahlungen bewältigen.

Positiv ist zu vermerken, daß ein panafrikanisches Zahlungssystem, das es den afrikanischen Ländern ermög-

lichen soll, mit ihren eigenen Währungen untereinander Handel zu treiben, an Dynamik gewinnt. Dieses von der *Afreximbank* entwickelte panafrikanische Zahlungs- und Abrechnungssystem wird von Kenya betrieben. Es wird erwartet, daß sich alle Zentralbanken bis zum Ende dieses Jahres anschließen, gefolgt von vielen Geschäftsbanken bis Ende 2025.

Hinsichtlich der Rohstoffe wird der Zugang zu strategischen und kritischen Mineralien aus Afrika und der Schutz ihrer Lieferketten weiterhin im Mittelpunkt des Interesses ausländischer Mächte stehen. Afrika ist bekanntlich reich an strategischen Mineralien, darunter seltene Erden wie Lithium, Graphit, Bauxit, Mangan und Kobalt, die alle für moderne Technologien unerlässlich sind. Heuer wird der

modernisierte Lobito-Korridor in Angola, ein von den USA und der EU unterstütztes Eisenbahnprojekt, das erste volle Betriebsjahr erleben. Er verbindet die Mineralienvorkommen der Demokratischen Republik Kongo (DRC) und Zambias mit dem Atlantik. Aufgrund der gestiegenen Nachfrage und der höheren Preise werden allerdings einige afrikanische Regierungen ihre Verträge mit den Bergbaukonzernen überprüfen und bessere Bedingungen fordern. So sind in Botswana und der Demokratischen Republik Kongo bereits umfangreiche Verhandlungen im Gang, und in Mali und Burkina Faso gibt es neue Vorschriften für den Bergbau.

**d**ie zunehmende politische Instabilität in Teilen des Kontinents,



Friedenseinsätze der AU – meist von der EU finanziert

die durch die neun Militärputsche seit 2020 verdeutlicht wird, hat den Blick auf die Fragilität der verfassungsmäßigen Ordnung geschärft. Länder, die bereits unter militärischer Führung stehen, werden zunehmend instabil, wie Burkina Faso, Mali und Niger. Weitere Putschs sind in diesen Ländern möglich. Die Sahelzone wird auch 2024 ein Epizentrum des Terrorismus sein. Im Jahr 2023 entfielen 48 % der weltweiten terroristischen Todesopfer auf Subsahara-Afrika. Die Anschläge haben sich über historische Brennpunkte wie die Sahelzone und das Horn von Afrika hinaus auf das südliche Afrika und die Küstenregionen Westafrikas ausgebreitet. Andere Konfliktherde geben auch 2024 Anlaß zur Sorge, insbesondere im Osten der DRC, im Norden Moçambiques, in Teilen Kameruns und Somalias. Ein erneutes Aufflammen in Äthiopien ist möglich. Der bewaffnete Konflikt im Sudan könnte sich zu einer de-facto-Teilung des Landes entwickeln.

2024 wird weltweit ein Rekordjahr für Wahlen sein, allein in Afrika finden 17 nationale Präsidentschafts- und/oder Parlamentswahlen statt. In Burkina Faso und Mali sind die Aussichten ungewiß, weil die Militärregierungen Wahlen immer wieder ver-

schieben. Es wird aber erwartet, daß im Tschad ein Referendum zur Annahme einer neuen Verfassung führen und nach fast drei Jahren des Übergangs von Militärherrschaft zur Demokratie den Weg zu Parlamentswahlen ebnen wird. In der *Southern African Development Community* (SADC) werden Botswana, die Komoren, Mauritius, Namibia, Moçambique und Südafrika zu den

Urnen gehen. Die Präsidentschaftswahlen in Senegal Ende März werden hart umkämpft sein, und in Ghana könnten die für Dezember geplanten Wahlen dazu führen, daß die *National Patriotic Party* an den Wahlurnen unterliegt und Ex-Präsident John Mahama und seine *National Democratic Party* an die Macht zurückkehren. Bei den Wahlen auf den Komoren, in Mauritien, Rwanda und im Südsudan wird erwartet, daß die Amtsinhaber wiedergewählt werden.

Die Staats- und Regierungschefs der *Afrikanischen Union* (AU) werden im Februar 2025 einen neuen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission wählen. Auch die Kommissare werden gewählt, und die Ergebnisse werden die Richtung der AU bestimmen. Im Oktober wird ein Afrikaner das Generalsekretariat des Commonwealth übernehmen; Gambia, Ghana und Tanzania haben bisher Kandidaten aufgestellt.

Das heurige Jahr wird für die afrikanischen Staats- und Regierungschefs auch ein Jahr mit vielen internationalen Gipfeltreffen werden. Schon im November fand in Riad das erste Gipfeltreffen zwischen Saudi-

Arabien und Afrika statt; mehr als 50 Staats- und Regierungschefs nahmen daran teil, im Gegensatz zum zweiten Rußland-Afrika-Gipfel in St. Petersburg im August, mit 17 Teilnehmern. Wie Rußland lud auch Saudi-Arabien Länder ein, die von der AU ausgeschlossen sind. Ob ein weiterer China-Afrika-Gipfel zustandekommt, ist ungewiß, zumal neue Daten zeigen, daß Chinas Kreditvergabe an Afrika auf den niedrigsten Stand seit fast zwei Jahrzehnten gefallen ist. Geplant sind allerdings ein zweiter britisch-afrikanischer Investitionsgipfel in London im Mai, zu dem 25 Regierungen eingeladen wurden, sowie eine Italien-Afrika-Konferenz in Rom. Der nächste Korea-Afrika-Gipfel wird im Juni stattfinden, und Neu-Delhi hat den nächsten, alle drei Jahre stattfindenden Gipfel des Indien-Afrika-Forums angekündigt. Ein für November geplanter Gipfel der AU und der *Arabischen Liga* wurde aufgrund von internen afrikanischen Meinungsverschiedenheiten über die Teilnahme der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (Westsahara) abgesagt.

Zweifellos wird das internationale Engagement für Afrika weiter zunehmen, was viele afrikanische Staaten begrüßen und versuchen, ihre globalen Partnerschaften zu diversifizieren oder alte wiederzubeleben. Allerdings müssen dabei nationale, regionale und kontinentale Prioritäten mit den ausländischen Interessen in Einklang gebracht werden, was von den afrikanischen Staaten erfordern wird, ihre Prioritäten besser setzen.

Alex Vines ist Africa Director am Chatham House in London. Er hat im Juni 2021 online im SADOCC-Forum zur Situation im Norden von Moçambique referiert.

# Das südliche Afrika im Geschichtsbuch

## Zwiespalt zwischen Aufarbeitung und Verbreitung kolonialer Erzählungen

*Im österreichischen Lehrplan für das Unterrichtsfach Geschichte, der gerade erst eine umfangreiche Überarbeitung erfahren hat, heißt es: „Der Unterricht soll Einblick in die Geschichte und Politik unterschiedlicher räumlicher Dimensionen sowie ihrer Vernetzungen geben. Dabei sind besonders Interkulturelles und Globales Lernen in den Unterricht miteinzubeziehen.“ Ein ambitioniertes Ziel. Inwieweit eine Umsetzung in Hinblick auf die Länder des südlichen Afrikas in den Neuauflagen gängiger Geschichtsbücher gelingt, betrachtet Paul Ziermann-Österreicher im Folgenden.*

Als Untersuchungsgegenstand ist das Medium Schulbuch nicht nur insoweit interessant, als daß es deutlich leichter umfangreich zu analysieren ist als der praktische Unterricht von Lehrpersonen, sondern auch dahingehend, als daß es – trotz eines kontinuierlichen Bedeutungsverlustes in den letzten Jahren – noch immer gerne als das „Leitmedium“ des Unterrichts bezeichnet wird. Nach wie

vor orientieren sich viele Lehrpersonen in ihrer Unterrichtsgestaltung daran, und viele SchülerInnen verwenden es als primäres Lerninstrument. Insofern kommt diesem Medium eine besondere Bedeutung zu, wenn es darum geht, Kinder und Jugendliche in Hinblick auf globalgeschichtliche Aspekte zu sensibilisieren. Folglich ist es Gegenstand häufiger Forschungen, und auch die Betrachtung der Darstellung afrikanischer Länder in Schulbüchern ist per se nichts Neues.

Die ersten größeren diesbezüglichen Studien erschienen in den 80er bzw. 90er Jahren und kritisierten oft noch Aspekte wie eine rassistische oder faktisch fragwürdige Sprache, eine positive Resonanz des südafrikanischen Apartheidregimes oder eine verharmlosende Darstellung der Verbrechen des europäischen Imperialismus. Gerade in diesen Bereichen gab es in den letzten 30 Jahren deutliche Ver-



*Kommt nicht vor: Goldene Rhinoceros-Figur aus einem Königsgrab von Mapungubwe in Südafrika (12./13. Jh.)*

besserungen. So lassen sich in aktuellen Schulbüchern praktisch keine offen rassistischen Darstellungen oder verharmlosenden Beschreibungen von Apartheid und Imperialismus finden. Nichtsdestotrotz sind auch die aktuellen Geschichtsbücher teilweise weit vom Anspruch eines globalgeschichtlichen Zugangs zu afrikanischer Geschichte entfernt.

Ein wesentlicher Aspekt hierbei ist der fehlende Raum, der Kulturen des südlichen Afrikas eingeräumt wird. Natürlich ist es naheliegend, dass Schulbücher einen gewissen regionalen, territorialen oder nationalen Bezug aufweisen, jedoch findet das südliche Afrika auch in Themengebieten, die es direkt betreffen oder die alternative exemplarische Darstellungen ermöglichen würden, nur ungenügend Platz. Ein gängiges Beispiel hierfür ist die Darstellung der europäischen Expansion ab dem 15. Jh. Diese wird in den meisten Schulbüchern nach wie vor primär aus der Perspektive Europas und Amerikas betrachtet. Zwar wird in der Regel der transatlantische Sklavenhandel erwähnt, die Auswirkungen, die dieser auf den afrikanischen Kontinent hatte, werden jedoch nicht betrachtet. Im Schulbuch „Hotspots 6“ wird beispielsweise die Bedeutung neuer Kulturpflanzen auf

die südamerikanische Landwirtschaft hervorgehoben, anstatt auf die Entvölkerung ganzer Landstriche Afrikas einzugehen. Auch wenn es um die Darstellung verschiedener Herrschafts- oder Sozialstrukturen der Vergangenheit geht, wird kaum Bezug auf das südliche Afrika vor der Kolonialisierung genommen, auch wenn gerade hier eine vergleichende Betrachtung interessant wäre. So findet sich im Schulbuch „GESCHICHTE und WIR 2“ sogar ein Kapitel zu verschiedenen (außereuropäischen) Herrschaftsformen, allerdings beschäftigt sich dieses ausschließlich mit dem kaiserlichen China und der Pharaonenherrschaft in Ägypten (an dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass sich die Darstellung der Mittelmeeranrainerstaaten in der Regel massiv von der der übrigen Staaten des afrikanischen Kontinents unterscheidet). Generell läßt sich festhalten, dass präkoloniale afrikanische Geschichte bei vergleichenden Darstellungen nach wie vor oft ausgespart wird. Ähnlich sieht es bei auch bei der Betrachtung von Begriffserklärungen/Definitionen aus. Im Buch „zeitgemäß 5/6“ wird beispielsweise bei der Behandlung des Themengebietes Rassismus erwähnt, daß Rassismus ein zentrales Instrument kolonialer Herrschaftspolitik war – wobei man hier sehr abstrakt nur von „Kolonien“ spricht, ohne diese zu konkretisieren –, auf eine Beschreibung des südafrikanischen Apartheidregimes als Beispiel für rassistische Politik, die sich in diesem Kontext nahezu aufdrängt, wird aber verzichtet. Ein weiteres Beispiel zeigt sich im bereits erwähnten „Hotspots 6“, in welchem zwar der grundlegend sinnvolle Versuch gemacht wird, Schüler/innen dazu anzuleiten, Begriffe zu dekonstruieren, dieser jedoch nur mäßig zielführend umgesetzt wird. So findet sich auf einer Doppelseite eine Weltkarte, auf der die Erde in verschiedene Regionen eingeteilt wird. Diese sind meist nach den entsprechenden Kontinenten (Europa, Australien), geographischen (Ostasien, Südasien) oder sprachlichen Territorien (Anglo- und Lateinamerika) benannt. Es gibt jedoch zwei Ausnahmen: „Orient“ und „Schwarzafrika“. Der Rest der Doppelseite wird dazu verwendet, die Schüler/innen anzuleiten, über den Begriff „Orient“ zu reflektieren. Dabei wird nicht nur der problematische Begriff „Schwarzafrika“ unkritisch wiedergegeben, es wird auch erneut eine Chance vergeben, diesen Begriff in und seine Pro-



*Auch nicht erwähnt: Vorkoloniale Architektur in Great Zimbabwe (14./15. Jh.)*

blematik zu hinterfragen und junge Menschen über ihre eigenen kulturell geprägten Vorurteile nachdenken zu lassen.

**E**s muss allerdings auch gesagt werden, daß es in den letzten Jahren trotz aller Kritik einige Verbesserungen in diesem Bereich gegeben hat. So findet sich beispielsweise heutzutage in den meisten Schulbüchern ein Kapitel zum Genozid an den Herero und Nama, ein Thema, das in älteren Schulbuchausgaben quasi inexistent war. Zudem gibt es Versuche, die eu-

rozentristische Geschichtsvermittlung im Allgemeinen aufzubrechen und auch auf außereuropäische Geschichte einzugehen. Lobend sei hier exemplarisch die Reihe „Meine Geschichte“ von Bettina Paireder und Jutta Hofer erwähnt, die an den verschiedensten Stellen versucht, auf Aspekte außereuropäischer Geschichte einzugehen und etwa im Kapitel zu Gesellschaftsstrukturen explizit segmentäre Gesellschaften nennt und als Beispiel die Gesell-

schaft der San in Südafrika vorstellt (wenn auch in diesem Zusammenhang der nicht unproblematische Begriff „Stamm“ unreflektiert verwendet wird).

Zwei weitere Aspekte, die – abseits davon, wie viel Raum die Geschichte des südlichen Afrikas in Schulbüchern bekommt – betrachtet werden sollten, sind die Fragen, wer über die Geschichte des südlichen Afrikas sprechen darf (sprich, welche Quellen zu Wort kommen) und wie über die Region gesprochen wird. Geht es darum, wer über die Geschichte (des südlichen) Afrikas sprechen darf, so ist zu erkennen, dass es in allen betrachteten Schulbüchern kaum bis gar keine afrikanischen Quellen gibt, die wörtlich wiedergegeben werden. Dies zeigt sich etwa bei der Quellenauswahl, wenn es um den Genozid an den Herero und Nama geht. Hier wird in einigen Schulbüchern der Schießbefehl des deutschen Generals von Trotha wörtlich wiedergegeben, auf eine zeitgenössische Herero- oder Nama-Quelle wird hingegen verzichtet, obwohl sich hier einige anbieten würden. Nun ist es ja durchaus sinnvoll, einzelne Aspekte kolonialer/imperialistischer Propaganda kritisch zu dekonstruieren, die völlige Abwesenheit afrikanischer Quellen – selbst Nelson Man-



dela oder die Protagonisten der Unabhängigkeitsbewegungen kommen in den meisten Schulbüchern nicht zu Wort – führt jedoch dazu, daß der Eindruck entsteht, daß der Kontinent selbst keine Stimme hat und somit ein passiver Spielball außerafrikanischer Mächte ist.

Verstärkt wird dieser Eindruck zusätzlich dadurch, daß in den meisten Schulbüchern eine europäische Sichtweise bei Themen, die Afrika betreffen, eingenommen wird, d.h., daß Ereignisse aus der Sicht der europäischen imperialistischen Mächte beschrieben werden und deren Erzählweise bekräftigen. Erkennbar ist dies beispielsweise im Schulbuch „GESCHICHTEprofi3“, welches das Kapitel zum Imperialismus unter den Titel „Großreiche der Europäer – der Imperialismus“ stellt. Im Text selbst wird auch primär aus der Sicht der europäischen Mächte argumentiert. Wie dies anders ginge, zeigt etwa – wieder einmal – die Reihe „Meine Geschichte“. So wird u.a. in einem Kapitel auf die mittelalterlichen Handelsbeziehungen afrikanischer Länder eingegangen und diese Länder explizit als handelnde Akteure dargestellt, eine Seltenheit in den untersuchten Schulbüchern. Ebenso wird der Herero-Aufstand aus Sicht der Herero und nicht der deutschen Besatzer beschrieben. Diese Darstellungen tragen nicht nur dazu bei, das Bild eines passiven Afrikas zu durchbrechen und die BewohnerInnen des Kontinents als handelnde Akteure und Akteurinnen ihrer Geschichte wahrzunehmen, sondern fördern auch die Kompetenz der Schüler/innen, Quellen und eurozentristische Geschichtsbilder zu hinterfragen.

Die Frage, wie das südliche Afrika in Schulbüchern dargestellt wird, knüpft direkt an die vorherige Fragestellung an. Wie bereits einleitend erwähnt, finden sich offen rassistische Darstellungen der Region in modernen Geschichtsbüchern nicht mehr. Ebenso muß positiv festgehalten werden, daß Darstellungen oder Bilder, die exotisierend wirken oder Afrika als unterentwickelt darstellen (etwa durch die Überbetonung von Armut oder ländlichen Strukturen), kaum mehr vorzufinden sind. Hier hat es im Vergleich zu den vergangenen Schulbuchauflagen (auch zu den vor fünf Jahren erschienenen) deutliche Verbesserungen gegeben. Auffallend ist auch, daß Phänomene wie Kinderarbeit oder Armut deutlich seltener explizit auf afrikanische Länder bezogen werden,

als dies in der Vergangenheit der Fall war. Ebenfalls sollte noch erwähnt werden, daß es in den aktuellen Neuauflagen durchaus einige Versuche gibt, klassische Narrative in Bezug auf außereuropäische Geschichte zu dekonstruieren. So findet sich etwa im Schulbuch „Meine Geschichte 7/8“ eine kritische Auseinandersetzung mit dem Terminus „Entwicklungsland“.



*Selbst Nelson Mandela oder die Protagonisten der afrikanischen Unabhängigkeit kommen kaum zu Wort*

Was läßt sich nun also zusammenfassend festhalten? Zum einen muß positiv hervorgehoben werden, daß es nicht nur im Vergleich zu deutlich älteren Schulbüchern, sondern auch im Vergleich zu Auflagen von vor 3–5 Jahren merkbare Verbesserungen in den Schulbüchern in Hinblick auf die Darstellung der Geschichte des südlichen Afrikas gibt. Dennoch muß festgehalten werden, daß Afrika in vielen Bereichen noch deutlich unterrepräsentiert ist und es nach wie vor eine Tendenz dazu gibt, über den Kontinent und seine Bevölkerung

zu sprechen, anstatt afrikanische Stimmen wiederzugeben. Dies mag einerseits fehlendem Bewußtsein geschuldet sein, das in Hinblick auf außereuropäische Geschichte leider auch bei Teilen des Fachpersonals vorherrscht, andererseits ist es aber vermutlich auch Resultat einer Schulbuchproduktion, deren Qualität durch starken zeitlichen und finanziellen Druck geprägt ist. Dabei sollte die Bedeutung des Schulbuches auf den Unterricht und damit auf die Bilder, die Schüler/innen von anderen Teilen der Welt haben, nicht unterschätzt werden. Gefragt sind also nicht nur die Schulbuchautor/innen, weiter an der Verbesserung ihrer Bücher zu arbeiten, sondern auch die Lehrer/innen, sich bei globalgeschichtlichen Aspekten nicht nur auf das Medium Schulbuch zu verlassen, sondern sich um Quellen und Beschreibungen abseits davon zu bemühen. Das ist sicherlich keine immer leichte Aufgabe, aber es führt – wenn man ernsthaft will, daß sich Kinder und Jugendliche von kolonial geprägten Afrikabildern lösen – kein Weg daran vorbei.

*Paul Ziermann-Österreicher ist AHS-Lehrer, in seiner Diplomarbeit beschäftigte er sich 2019 mit Afrikabildern in österreichischen Schulbüchern. Der vorliegende Beitrag stellt eine Aktualisierung anhand aktueller Neuerscheinungen dar.*

... **sadocc news** ...

**Ehrung.** SADOCC-Vorsitzender und Historiker Walter Sauer wurde mit dem „*Österreichischen Preis für Entwicklungsforschung 2023*“ ausgezeichnet, gemeinsam mit der Entwicklungssoziologin Karin Fischer (Univ. Linz). Der Preis wird von einer an der *Agentur für Bildung und Internationalisierung* (OeAD) angesiedelten Jury jedes zweite Jahr für wissenschaftlich herausragende Publikationen, Projekte oder Initiativen verliehen, „die einen wesentlichen Beitrag zur *Entwicklungsforschung in Österreich geleistet*“ haben. Der gleichzeitig vergebene Nachwuchspreis erging an Clemens Bohl (GIZ Berlin). Die Überreichung der Ehrungen erfolgt am



OeAD-Geschäftsführer Jakob Calice, Preisträger Walter Sauer und Sektionschefin Barbara Weitgruber (BMBWF)

27. Februar 2024 im Unterrichtsministerium. Auf Einladung von Walter Sauer nahmen an der Preisverleihung auch die Botschafter von Südafrika, des Staates Palästina und der Demokratischen Arabischen Republik Sahara teil.

**Frauentag in Linz.** Das Hauptthema der kurdischen Frauenbibliothek in Linz zum Internationalen Frauentag 2024 war die Versklavung der Jezidinnen durch den IS vor 10 Jahren. Davon abgesehen standen drei verdiente Frauen der Zeitgeschichte im Mittelpunkt. Wie 2020 und 2022 war

## Nelson Mandela und sein Vermächtnis

Workshop – Buchpräsentation – Festvortrag

**Di, 30. April, 14.00 bis 20.30 Uhr  
Wien 1., Heldenplatz (Neue Burg)**

Zum dreißigsten Jahrestag der Überwindung der Apartheid durch die ersten freien Wahlen im April 1994 gehen wir den politischen, sozialen und kulturellen Veränderungen im Südafrika nach. Wurden ethnische Diskriminierungen abgebaut, Grund- und Freiheitsrechte verwirklicht? Ist eine Verringerung der wirtschaftlichen Ungleichheit gelungen? Wie wirkte sich die Entwicklung auf die Kunst aus? Eine gemeinsame Veranstaltung von SADOCC und dem Weltmuseum Wien, unterstützt von Weltmuseum Friends und der südafrikanischen Botschaft.

**Das Programm in Kürze:**

**14.00 Uhr** *30 Jahre Neues Südafrika.* Workshops mit Nkosinathi Dlamini, Marcus Neustetter, Walter Sauer, Veronika Wittmann und Werner Zips

**17.30 Uhr** *Buchpräsentation „Free Nelson Mandela! Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung“.* Mit Bernhard Bouzek (Herausgeber), Johannes Dafinger, Anna Hable-Mayer und Inge Jäger.

**19.00 Uhr** *Festvortrag.* Menschenrechtsexperte Walter Suntinger zieht „Lehren aus der Transformation Südafrikas“.

Anschließend stoßen wir mit einem Gläschen Wein (o. a.) auf den Geburtstag Südafrikas an!

Zum Besuch der Veranstaltung ist keine Eintrittskarte für das Museum erforderlich, und die einzelnen Elemente können auch getrennt besucht werden.

Aus organisatorischen Gründen ersuchen wir um Anmeldung:

**[www.weltmuseumwien.at/programm/event/nelson-mandela-und-sein-vermaechtnis/171442800](http://www.weltmuseumwien.at/programm/event/nelson-mandela-und-sein-vermaechtnis/171442800)**

auch das südliche Afrika in der Person der Anti-Apartheid-Aktivistin Ruth Weiss wieder ein Thema. Ruth Weiss wurde 1924 in Fürth geboren und emigrierte mit ihrer Familie 1936 auf der Flucht vor den Nazis nach Südafrika. Dort war sie ab 1960 als Journalistin tätig und lernte unter anderem Nelson Mandela kennen. Ihre kritische Berichterstattung führte dazu, daß sie sowohl das damalige Apartheid-Südafrika als auch Rhodesien, das sich einseitig von Großbritannien abgespalten hatte, um die Macht der weißen Minderheit zu erhalten, verlassen mußte. Daher kehrte sie nach Deutschland und Großbritannien zurück, um dort als Expertin für das südliche Afrika zu publizieren.

Nach dem Sturz der weißen Minderheitsregierung im heutigen Zimbabwe kehrte sie 1982 dorthin zurück, besuchte aber in den folgenden Jahren auch mehrmals Österreich. 1994 hat sie eine Autobiografie „Wege im harten Gras“ veröffentlicht. Weiters sind von ihr eine Reihe von Kinder- und Jugendbüchern und Sachbücher zum Südlichen Afrika erschienen. Einige ihrer Bücher werden beim *Tag des Buches* am 23. April und bei *Österreich liest* (im Oktober) in Linz präsentiert. Die beiden anderen Frauen sind Arin Mirkan (Kobane-Märtyrerin) und Grete von Urbanitzky (Linzer Schriftstellerin).

Andreas Burghofer

Impressionen der Eröffnung des österreichischen Kulturforums  
in Pretoria (14. 12. 23) von Zivanai Matangi

# IMAGINE MOMENTS

Performance von Marcus Neustetter in Zusammenarbeit  
mit Xolisile Bongwana und Micca Manganye





Österreichische Post AG  
PZ 22Z042795 P  
SADOC, Favoritenstraße 38/18/1, 1040 Wien

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



**Kostenloses  
PROBEHEFT  
bestellen!**

# Südwind

magazin

Internationale Politik, Kultur und Entwicklung

**REPORTAGEN, PORTRÄTS UND ANALYSEN**  
mit Fokus auf Lateinamerika, Afrika und Asien

[suedwind-magazin.at](http://suedwind-magazin.at)